

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/10/2018

über die öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2018,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:34 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi ab TOP 4
Frau Doris Brandt
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert außer TOP 13 teilweise
Herr Peter Egan
Herr Rolf Griesenberg
Frau Susanna Hansen
Herr Dustin Holzmann
Frau Nicole Johannsen
Herr Volkmar Kleinschmidt
Herr Eckehard Knoll
Frau Cordelia Koenig
Herr Markus Kubczigk
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Horst Marzi
Herr Ali Haydar Mercan
Frau Franziska Mey
Herr Andreas Plässer
Herr Jochen Proske außer TOP 14 bis TOP 16
Herr Bela Randschau außer TOP 14 bis TOP 16
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Kirstin Schilling
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller

Herr Matthias Stern
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Herr Michael Stukenberg
Frau Silke von Stockum
Herr Roland Wilde

ab TOP 4

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Tim Grammerstorf

Kinder- und Jugendbeirat,
bis TOP 22

Sonstige, Gäste

Frau Julia Fest

Geschäftsführerin Stadtwerke
Ahrensburg GmbH bis TOP 19
Geschäftsführer Stadtwerke
Ahrensburg GmbH bis TOP 19

Herr Horst Kienel

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Dr. Christoph Grützmacher
Herr Peter Kania
Herr Mathias Schuster
Frau Sabrina-Nadine Blossey
Frau Meike Niemann
Frau Birgit Reuter

Personalrat

Frau Carina Last

Protokollführerin TOP 12 und
TOP 13
Protokollführerin außer TOP 12
und TOP 13

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Uwe Gaumann
Frau Jessica Mellin
Herr Leon Rathje

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2018 vom 26.11.2018
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- keine -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 15/2018
 - 7.2.2. Personalsituation
8. Neuwahl einer Schiedsfrau bzw. eines Schiedsmannes und einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters **2018/156/1**
9. Anregungen aus der Einwohnerversammlung am 22.11.2018 **2018/168**
10. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2019 **2018/141**
11. Neuorganisation der Verwaltungsstruktur der Stadt Ahrensburg
- a b g e s e t z t - **2018/103**
12. Erlass der Haushaltssatzung 2019
- Beschlussfassung über den Stellenplan 2019 **2018/113/1**
13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 **2018/106/1**
14. Widmung von Straßen und Erlass einer 7. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung **2018/155/1**
15. Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung **2018/166**
16. Widmung einer Straßenverlängerung **2018/176**

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 17. | 4. Änderungssatzung für die Stadtbücherei | 2018/125 |
| 18. | Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Ahrensburg | 2018/159 |
| 19. | Erhöhung des Eigenkapitals der Stadtwerke Ahrensburg GmbH - Haushalt 2019 | 2018/149 |
| 20. | Projektbezogene Umgestaltung der Stadtbücherei und Förderantrag "Lebenslanges Lernen in Gemeinschaft" | 2018/164 |
| 21. | Grundstücksangelegenheit
Verkauf des Grundstücks „Alte Reitbahn“
Verlängerung der Anhandgabe bis zum 30.06.2019 | 2018/161 |
| 22. | Weihnachtsgrüße des Bürgervorstehers | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26.11.2018 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ablösung von Darlehen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 451.058,54 €.

Für die Ablösung der Darlehen wird eine überplanmäßige Auszahlung gem. § 95 d GO in Höhe von 280.000 € genehmigt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen in Höhe von 128.000 € auf PSK 61200.5517000 sowie Mehrerträgen in Höhe von 152.000 € auf PSK 61100.4013000.

4. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Wilde verliest die Antworten auf die Fragen von Herrn **Siemers** aus der letzten Stadtverordnetenversammlung am 26.11.2018. Das Antwortschreiben (**siehe Anlage**) wurde ihm vor Beginn der Sitzung überreicht. Herr Siemers stellt weitere Fragen zu dem Antwortschreiben und informiert über die Info-Veranstaltung bezüglich der Müllverbrennungsanlage in Stapelfeld. Er berichtet weiter, dass die Aussagen über die Kehrschlamm Entsorgung nicht klar definiert wurden. Im Februar 2019 findet eine weitere Info-Veranstaltung statt, die Herr Siemers sehr empfiehlt. Außerdem geht er auf die Anregung aus der Einwohnerversammlung am 22.11.2018 und das dabei angeregte Mail-System ein.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Stadtverordneten lehnen mit der erforderlichen Mehrheit die Beratung des Tagesordnungspunktes 21 Vorlagen-Nr. 2018/161 in nicht öffentlicher Sitzung ab.

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 23 Vorlagen-Nr. 2018/165 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 GO zu.

**Abstimmungsergebnis: 35 dafür
2 Enthaltungen**

Herr Levenhagen beantragt den TOP 11 Vorlagen-Nr. 2018/103 von der Tagesordnung abzusetzen.

**Abstimmungsergebnis: 22 dafür
3 dagegen
12 Enthaltungen**

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 06.12.2018 versandten Tagesordnung zu.

**Abstimmungsergebnis: 36 dafür
1 Enthaltung**

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 09/2018 vom 26.11.2018

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— keine —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 15/2018

Der Finanzbericht Nr. 15/2018 ist als **Anlage** beigefügt.

7.2.2. Personalsituation

Bürgermeister Sarach berichtet über die aktuelle Personalsituation in der Verwaltung. Im Jahre 2018 sind insgesamt 5320 Mehrarbeitsstunden durch die Verwaltung geleistet worden, dies entsprechen sechs neuen Stellen.

8. Neuwahl einer Schiedsfrau bzw. eines Schiedsmannes und einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters

Stadtverordneter und Vorsitzende des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag. Anschließend wird wie folgt über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/156/1 abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Herr Bergerhausen und Frau Frank bedanken sich für das Vertrauen und nehmen die Wahl an.

9. Anregungen aus der Einwohnerversammlung am 22.11.2018

Bürgermeister Herr Wilde hält den Sachvortrag. Die Kommunalaufsicht hat zwischenzeitlich mitgeteilt, dass es sich bei der Anregung des Herrn Prof. Dr. Hummeltenberg in der Einwohnerversammlung (**Anlage 1** der Vorlagen-Nr. 2018/168: Anregung des Herrn Prof. Dr. Hummeltenberg auf Einberufung einer Informations- und Konsultationsveranstaltung über Auswirkungen und Chancen für die Flächennutzungsplanänderung) um keine von der Einwohnerversammlung zu behandelnde Selbstverwaltungsangelegenheit handelt und deshalb die Anregung nicht zulässig ist. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt anschließend ohne weitere Wortmeldungen über die Vorlage Nr. 2018/168, ausgenommen die Anregung des Herrn Prof. Dr. Hummeltenberg, ab.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts 2019

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/141 zur Kenntnis.

11. Neuorganisation der Verwaltungsstruktur der Stadt Ahrensburg

— *a b g e s e t z t* —

12. **Erlass der Haushaltssatzung 2019 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2019**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Proske lehnt im Namen der SPD-Fraktion den Stellenplan 2019 ab. Die SPD-Fraktion habe zwar einige der Streichungen im Haushalt mitgetragen, bemängelt jedoch, die nicht eingehende Beratung der einzelnen Stellen. Im Hauptausschuss seien durchweg Stellen gestrichen worden, ohne eine gezielte Streichung von Stellen vorzunehmen. Die SPD-Fraktion hat Verständnis für eine funktionsfähige Verwaltung und die Benötigung von zusätzlichem Personal für zusätzliche Aufgaben, teilt aber auch die Sorge um die Steuergelder als Beauftragte der Einwohner und Einwohnerinnen. Insofern hätte sich die SPD-Fraktion einen moderaten Stellenplanzuwachs gewünscht, der in diesem Maße aber nicht erfolgt sei. Insofern wird die SPD-Fraktion den Stellenplan ablehnen.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion DIE LINKE. moniert den kurzfristigen Eingang der Anträge für den Stellenplan, sodass eine ausreichende Vorbereitung durch die Fraktionen nicht möglich gewesen sei. Zwar müsse mit den Steuergeldern verantwortungsvoll umgegangen werden, dies dürfe jedoch nicht auf Kosten der Verwaltung gehen. Die Fraktion DIE LINKE. lehnt deshalb den Stellenplan ab.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Stellenplan zustimmen wird. Er weist auf die jährlich hohen Personalkosten in Höhe von 18 Mio. € und auf die hohe Anzahl der genehmigten Stellen durch die Selbstverwaltung in den vergangenen Jahren hin. Die nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht erforderlichen Stellen seien von der CDU-Fraktion abgelehnt worden.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass die zusätzlich angeforderten Stellen zur Erledigung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich seien und somit die Verwaltung leistungsfähig bleibe. Im Rahmen der Stellenplananmeldungen seien Stellen für ausschließlich zusätzliche „Daueraufgaben“ angemeldet worden.

Stadtverordneter Schubert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt nachfolgenden Antrag (AN/120/2018): „Der folgende Posten wird in den Stellenplan 2019 aufgenommen: PSK 36312 „Schulsozialarbeiter“ mit 21.000 €.“ Er begründet den Antrag wie folgt: „Die Stormarnschule hat Schulsozialarbeit beantragt, die Verwaltung erarbeitet bis Februar 2019 eine Vorlage mit Empfehlung einer $\frac{3}{4}$ Stelle ab August 2019.“ Stadtverordneter Schubert-von Hobe strebt eine Ausschreibung dieser Stelle im Februar 2019 mit Dienstbeginn zum neuen Schuljahr August 2019 an. Schulsozialarbeit sei nicht mehr auf bestimmte Schularten begrenzt, es gehe um Schüler, die in besonderen Lebenssituationen, z. B. durch ihr Verhalten gegenüber Mitschülern auffällig werden. Die Schulsozialarbeit entlaste die Lehrer.

Stadtverordneter Randschau stimmt im Namen der SPD-Fraktion dem Antrag des Stadtverordneten Schubbert-von Hobe auf Bereitstellung einer $\frac{3}{4}$ Stelle Schulsozialarbeit für die Stormarnschule zu. Da den Mitgliedern des Sozialausschusses der Antrag jedoch nicht bekannt sei und noch keine Erläuterung des Konzeptes im Sozialausschuss erfolgt sei, wird vorgeschlagen, die Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen mit der Maßgabe, dass eine Freigabe der Stelle erst erfolgt, wenn der Sozialausschuss nach Erläuterung des Konzeptes diesem Konzept zustimmt.

Stadtverordneter Benjamin Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen moniert, dass ohne längerfristige Ankündigung in den Gremien zahlreiche zusätzliche Stellen von der Verwaltung gefordert worden seien. Den Stellen, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für sinnvoll erachtet, seien von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch zugestimmt worden. Eine pauschale Ablehnung sei durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht erfolgt, sondern man habe sich differenziert mit den einzelnen geforderten Stellen auseinandergesetzt. Beispielsweise sei „Bildung“ für die Fraktion wichtig, als auch die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben. Deswegen habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch der geforderten Stelle „umsatzsteuerpflichtige Dienstleistungen“ zugestimmt. Für das nächste Jahr wird um eine möglichst frühzeitige Transparenz, möglichst Anfang des Jahres 2019, gebeten, sofern zusätzliche Stellen beantragt werden.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion erklärt, dass in den letzten sechs Jahren 50 neue Stellen von der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt worden seien. Nach Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung seien in der Vergangenheit fast sämtliche von der Verwaltung beantragten Stellen bereitgestellt worden. 2017 seien zwölf neue Stellen und 2018 15 neue Stellen bewilligt worden. Entsprechend der Empfehlung des Hauptausschusses sollen 2019 von zwölf Stellen lediglich fünf Stellen genehmigt werden. Die Stelle für das betriebliche Wiedereingliederungsmanagement hätte er sich, aufgrund der hohen Krankenquote von 8 % - 12 % in der Verwaltung, gewünscht.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion fügt ergänzend hinzu, dass die CDU-Fraktion die Umorganisation kritisiert und deswegen bestimmten Stellen nicht zustimmt.

Stadtverordneter Bellizzi erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass es ausreichend Möglichkeiten gab, sich seit Sommer dieses Jahres auch im Rahmen des Treffens der Fraktionsvorsitzenden über Fragen zur Umstrukturierung und der von der Verwaltung geforderten Stellen zu informieren. Die Mehrheit der Selbstverwaltung habe signalisiert, dass sie der geplanten Organisationsänderung nicht zustimmen werde, weil sie diese nicht für notwendig erachte. Durch die Nichtbewilligung der Stellen durch die Selbstverwaltung sei die neue Organisationsform nicht umsetzbar. Bei einem Haushaltsvolumen von 75 Mio. € würden die Personalkosten 18,2 Mio. € betragen, somit knapp 25 % der Ausgaben, sodass die Gefahr bestehe, dass Einfluss und Steuerbarkeit der Selbstverwaltung auf Projekte im Haushalt verloren gehe, zumal nicht garantiert sei, dass die Wirtschaftskraft weiter erhalten bleibe bzw. auch die Gewerbesteuererinnahmen in der bestehenden Höhe verbleiben.

Da Stellen bei einem Rückgang der Wirtschaftskraft nicht - wie in der freien Wirtschaft - kündbar seien, müsse die Erforderlichkeit der Stellen im Einzelnen genau abgewogen werden. Der Bürgermeister habe zwar in erster Linie Pflichtaufgaben zu erfüllen, in der Vergangenheit seien aber auch zahlreiche freiwillige Stellen - wie Klimamanager - geschaffen worden. Bei den zusätzlichen Aufgaben sei es Aufgabe des Bürgermeisters, mit den vorhandenen Stellen die notwendigen Aufgaben zu erledigen.

Ausschussmitglied Bellizzi stellt nachfolgenden Antrag: „Die ausgewiesenen Personalaufwendungen von 18.203.900 € werden pauschal um 500.000 € auf 17.703.900 € gekürzt.“

Stadtverordnete Brandt erklärt, dass für den Antrag auf Bereitstellung einer Stelle Schulsozialarbeit in der Stormarnschule der Sozialausschuss zuständig sei. Die CDU-Fraktion stimmt dem Antrag auf Bereitstellung einer Stelle „Schulsozialarbeit“ zu.

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Änderungsantrag, dass die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Stelle zur Schulsozialarbeit mit einem Sperrvermerk zu versehen ist, deren Aufhebung von der Zustimmung des Sozialausschusses zum vorgelegten Konzept abhängig ist.

Stadtverordneter Mercan erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. der Bereitstellung einer Stelle Schulsozialarbeit mit Sperrvermerk zustimmen wird.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Proske, Dähnhardt, Brandt, Egan und Bürgermeister Sarach.

Anschließend wird wie folgt über den geänderten Antrag des Stadtverordneten Schubbert-von Hobe zur Schulsozialarbeit Stormarnschule (AN/120/2018), der wie folgt lautet, abgestimmt: „Der folgende Posten wird in dem Haushaltsstellenplan 2019 aufgenommen und mit einem Sperrvermerk versehen PSK 36312 „Schulsozialarbeit“, Mittel in Höhe von 21.000 €. Die Aufhebung des Sperrvermerks ist von der Zustimmung des Sozialausschusses zum vorgelegten Konzept abhängig. Begründung: Die Stormarnschule hat Schulsozialarbeit beantragt. Die Verwaltung erarbeitet bis Februar eine Vorlage mit der Empfehlung einer $\frac{3}{4}$ Stelle ab August 2019.“ Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Anschließend wird über die Ziffer 2 des Antrags AN/121/2018 der FDP-Fraktion, der wie folgt lautet, abgestimmt: Die ausgewiesenen Personalaufwendungen von 18.203.900 € werden pauschal um 500.000 € auf 17.703.900 € gekürzt, abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 27 dafür
9 dagegen
1 Enthaltung**

13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Egan hält den Sachvortrag. In Bezug auf die Vorlage Nr. 2018/106/1 hat sich im Ergebnisplan gegenüber dem ursprünglichen Entwurf im August diesen Jahres, das Ergebnis um 4,8 Mio. € verschlechtert, insbesondere von einem erstmals eingeplanten Gewinn von 1,6 Mio. € auf ein jetzt geplantes Defizit von 3,2 Mio. €. Er erläutert die Gründe, die zu diesem Defizit geführt haben. Im Finanzplan hat sich das Finanzmitteldefizit von 7,6 Mio. € auf 13,4 Mio. € verschlechtert und der Kreditbedarf von 8 Mio. € auf 14 Mio. € erhöht. Die Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten der künftigen Jahre haben sich von 20 Mio. € auf 10 Mio. € reduziert. Der Finanzausschuss hat den Erlass der Haushaltssatzung 2019 in der als Anlage 1 der Vorlagen-Nr. 2018/106/1 beigefügten Fassung mit vier dafür, vier dagegen und fünf Enthaltungen abgelehnt.

Stadtverordneter Egan erklärt im Namen der WAB-Fraktion, dass die WAB-Fraktion dem Haushalt zustimmen wird. Das hohe Defizit und die hohen Kredite seien vorhersehbar gewesen, da die Erträge in den vergangenen Jahren im Durchschnitt um 3,5 % pro Jahr und die Aufwendungen um 5 % gewachsen seien. Es bestehe dringend Handlungsbedarf, da sich sonst der Fehlbetrag in den künftigen Jahren weiter erhöhen werde. Aufgrund der hohen Verluste sollten zeitnah Lösungen erarbeitet werden, wie man die Kostenstrukturen besser bewältige. Trotz der Bedenken wird die WAB-Fraktion dem Haushalt zustimmen, da die Planansätze im Haushalt realistisch seien.

Stadtverordneter Mercan stellt einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. Dem Antrag wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Nach Unterbrechung der Sitzung berichtet die Verwaltung auf Anfrage des Stadtverordneten Randschau, dass die Erhöhung der Mittel für die Sportanlage Grundschule Reesenbüttel bereits in der 4. Veränderungsliste zum Haushalt berücksichtigt worden sind.

Stadtverordneter Bellizzi stellt nachfolgende Anträge:

Ziffer 1 des Antrages AN/121/2018 „Der erfolgte Ansatz bei der Gewerbesteuer wird von 26 Mio. € auf 28,5 Mio. € erhöht“.

Ziffer 3 des Antrages AN/121/2018 „Die ausgewiesenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 14.827.300 € werden pauschal um 300.000 € auf 14.527.300 € gekürzt“.

Er plädiert für eine Erhöhung des Ansatzes der Gewerbesteuer von 26 Mio. € auf 28,5 Mio. €. Durch die wie vor genannten Anträge würde aus dem ursprünglichen defizitären Haushalt ein geringfügig positiver Haushalt werden. Unter anderem habe der Kreistag auch einen Beschluss über die Senkung der Kreisumlage in der kommenden Sitzung des Kreistags angekündigt mit der Folge auch einer nachträglichen Entlastung des Ahrensburger Haushaltes. Um die Entscheidungshoheit weiterhin über den Haushalt zu behalten, plädiert er dafür, seinen Anträgen zuzustimmen. Den Verpflichtungen der Stadt gegenüber der Schlossstiftung dürfe auch nur nachgekommen werden, wenn drei Jahre in der Vergangenheit und zwei Jahre in der Zukunft ein ausgeglichener städtischer Haushalt bestehe würde. Unter der Voraussetzung der Annahme der Änderungsanträge der FDP-Fraktion wird die FDP-Fraktion dem ausgeglichenen Haushalt zustimmen.

Stadtverordneter Levenhagen erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass die CDU-Fraktion Ziffer 1 und Ziffer 3 des Antrages der FDP-Fraktion (AN/121/2018) zustimmen werde.

Stadtverordneter Mercan führt im Namen der Fraktion DIE LINKE. aus, dass sie sowohl Argumente für den Haushalt, als auch dagegen nachvollziehen könne und sich entsprechend bei der Abstimmung zum Haushalt enthalten werde. Da die Verwaltung die Erhöhung des Anordnungssolls für die Gewerbesteuer von 26 Mio. € auf 28,5 Mio. € nicht empfohlen hat, wird die Fraktion DIE LINKE. den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen.

Stadtverordneter Randschau führt im Namen der SPD-Fraktion aus, dass die SPD-Fraktion den Haushalt ablehnen wird, da der Haushalt aus Sicht der SPD-Fraktion falsche thematische Schwerpunkte enthalte, z. B. Sportplatz auf dem Stormarnplatz mit Kosten von ca. 1,2 Mio. €, Beauftragung einer Machbarkeitsstudie einer Tiefgarage, obwohl der Bau der Tiefgarage nicht verantwortungsvoll sei, einschließlich des Projektes Alte Reitbahn, aber auch die Personalausgaben des Stellenplans.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion wird dem Antrag der FDP-Fraktion auf Erhöhung des Plansolls für die Gewerbesteuer nicht zustimmen. Sofern das im Antrag aufgeführte Anordnungssoll von 28,5 Mio. € nicht erreicht werde, wäre der Bürgermeister dazu angehalten, entsprechende haushaltsrechtliche Maßnahmen, wie Aufstellung eines Nachtragshaushaltes, ggf. Einrichtung von Haushaltssperren für bestimmte Projekte, zu ergreifen. Die tatsächliche Einnahme der Gewerbesteuer sei nicht planbar, der Planansatz sollte deshalb vorsichtig in den Haushalt eingestellt werden.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Mercan bestätigt die Verwaltung, dass Haushaltsmittel für die Tiefgarage nicht im Haushalt 2019 enthalten sind.

Stadtverordnete Levenhagen erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen wird. Für den Gesamthaushalt wird die Fraktion ebenfalls ihre Zustimmung geben, da zahlreiche Projekte im Haushalt enthalten sind, die die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für sinnvoll halten und die im nächsten Jahr umgesetzt werden sollten.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Levenhagen, Bellizzi, Proske sowie Schubbert von Hobe.

Bürgervorsteher Wilde verliest den Antrag AN/108/2018, über den bisher keine Abstimmung erfolgt ist. Dieser Antrag wurde vom Hauptausschuss in den Sozialausschuss und von dort in die Stadtverordnetenversammlung verwiesen. Der Antrag lautet wie folgt: „Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion beantragt, der Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die für den Haushalt 2019 beantragten zusätzlichen Aufwendungen für den Titel „Engagierte Stadt“ PSK 11190 Stelle: 5318000, 8.000 € gestrichen werden.“

Bürgermeister Sarach erklärt, dass das Projekt „Engagierte Stadt“ nicht ausreichend finanziert ist. Es handelt sich um ein förderfähiges und förderwürdiges Projekt, welches sich in Ahrensburg etabliert habe. Er befürwortet deshalb keine Streichung der Mittel.

Stadtverordnete Brandt vermisst eine genaue Aufstellung, für welche Maßnahmen die eingeplanten Mittel in Höhe von 8.000 € für die „Engagierte Stadt“ verwendet werden, zumal es sich um eine freiwillige Leistung der Stadt handle.

Stadtverordneter Mercan führt aus, dass die „Engagierte Stadt“ eine wichtige Arbeit in der Vernetzung verschiedener ehrenamtlicher Initiativen erledigt. Die Begründung des Antrags, dass das Konzept der „Engagierten Stadt“ auch die Aktivitäten anderer gleichgesinnter Ideenträger in der Stadt betrifft, die dann auch eine finanzielle Unterstützung erhalten müssen, könne er nicht nachvollziehen.

Stadtverordneter Randschau spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen die Streichung der Mittel für die „Engagierte Stadt“ aus. Die „Engagierte Stadt“, die zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt habe, habe es in kürzester Zeit geschafft, den Fokus auf Probleme zu lenken, die einer Mehrheit des Hauses nicht bekannt gewesen seien. Zahlreiche soziale Probleme und Handlungsfelder seien erst durch die „Engagierte Stadt“ aufgekommen. Die entstandene Dynamik sollte nicht gestoppt werden.

Stadtverordneter Dähnhardt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass es vorher schon Vernetzungen für bestimmte Bereiche gegeben habe, in denen die „Engagierte Stadt“ jetzt tätig ist, und somit die Gefahr einer Doppelstruktur bestehe. Aus diesem Grund wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Nach weiteren Wortbeiträgen durch Stadtverordneten Mercan und Randschau wird über den Antrag AN/108/2018, der wie folgt lautet, abgestimmt: Hauptausschuss und die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die für den Haushalt 2019 beantragten, zusätzlichen Aufwendungen für den Titel „Engagierte Stadt“ PSK 11190 Stelle: 5318000, 8.000 € gestrichen werden.

**Abstimmungsergebnis: 22 dafür
13 dagegen
1 Enthaltung**

Dem Antrag ist somit zugestimmt.

Anschließend wird über den nachfolgenden Antrag der FDP-Fraktion abgestimmt:

Der Haushaltsplan 2019 wird wie folgt geändert: Ziffer 1 des Antrags AN/121/2018 „Der erfolgte Ansatz bei der Gewerbesteuer wird von 26 Mio. € auf 28,5 Mio. € erhöht“ und Ziffer 3 des Antrages AN/121/2018 „Die ausgewiesenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von 14.827.300 € werden pauschal um 300.000 € auf 14.527.300 € gekürzt“.

**Abstimmungsergebnis: 22 dafür
14 dagegen
1 Enthaltung**

Dem Antrag wird somit zugestimmt.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/106/1 mit den wie vor aufgeführten Änderungen abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 28 dafür
6 dagegen
3 Enthaltungen**

14. Widmung von Straßen und Erlass einer 7. Änderungssatzung zur Straßenreinigungssatzung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Plässer hält den Sachvortrag. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt daraufhin einstimmig den Beschlussvorschlag.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15. Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Plässer hält den Sachvortrag. Anschließend stimmt die Stadtverordnetenversammlung dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/166 wie folgt zu:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

16. Widmung einer Straßenverlängerung

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Plässer hält den Sachvortrag. Danach stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

17. 4. Änderungssatzung für die Stadtbücherei

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

18. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Ahrensburg

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag. Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/159 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

19. Erhöhung des Eigenkapitals der Stadtwerke Ahrensburg GmbH - Haushalt 2019

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält auch hier den Sachvortrag. Die Stadtverordneten stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/149 einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**20. Projektbezogene Umgestaltung der Stadtbücherei und Förderantrag
"Lebenslanges Lernen in Gemeinschaft"**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt anschließend einstimmig dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/164 zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

**21. Grundstücksangelegenheit
Verkauf des Grundstücks „Alte Reitbahn“
Verlängerung der Anhandgabe bis zum 30.06.2019**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Egan hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Herr Mercan von der Fraktion DIE LINKE. wird der Verlängerung der Anhandgabe des Grundstücks an den Investor ablehnen. Das Projekt ergebe keinen Sinn, da kein 30%iger sozialer Wohnraum auf dem fast letzten städtischen Grundstück realisiert werde und keine Erhaltung des Knicks erfolge.

Stadtverordneter Herr Plässer erklärt, dass die SPD-Fraktion die Verlängerung der Anhandgabe ebenfalls ablehnen werde, da sozialer Wohnraum von den Bürgerinnen und Bürgern aus seiner Sicht dringender benötigt wird, als ein Kino. Er ruft dazu auf, dass die Vorgabe von 30 % sozialem Wohnungsbau durch Ablehnung noch übertroffen werden könne, wenn sich die Fraktionen einigen würden.

Stadtverordnete Frau Levenhagen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die Planung des Investors noch nicht vorliege und sie daher keinen Grund zur Annahme habe, dass es nicht zu 30 % sozialem Wohnungsbau kommen würde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Projekt zu, insofern 30 % sozialer Wohnungsbau bereitgestellt wird. Die Fraktion wird für den Beschlussvorschlag stimmen.

Stadtverordneter Herr Levenhagen von der CDU-Fraktion merkt an, dass durch den Investor bisher nicht ausgeschlossen worden sei, das Ziel des 30%igem sozialen Wohnungsbaus nachzukommen. Die CDU-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen.

Stadtverordneter Herr Bellizzi spricht sich im Namen der FDP-Fraktion gegen die Verlängerung der Anhandgabe des Grundstücks an den Investor aus. Die bisher erzielten Entwürfe des Investors würden den Vorstellungen der Stadt nicht entsprechen. Er führt aus, dass bezahlbarer Wohnraum und Parkplätze, jedoch kein Kino benötigt werden würden.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch die Stadtverordneten Mercan, Plässer und Proske.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/161 wie folgt abgestimmt:

**Abstimmungsergebnis: 24 dafür
 13 dagegen**

22. Weihnachtsgrüße des Bürgervorstehers

Bürgervorsteher Wilde bedankt sich im Rückblick auf das Jahr 2018 bei den Bürgerinnen und Bürgern, die die Stadtverordnetenversammlung mit konstruktiven, kritischen und lobenden Beiträgen in der Einwohnerstunde begleitet haben, bei der Presse, bei den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit als auch bei seinen beiden Stellvertretern im Präsidium für die immer gute kollegiale Zusammenarbeit und faire Unterstützung.

Er wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest, ein paar besinnliche, ruhige Tage im Kreise der Lieben und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Er schließt damit den öffentlichen Teil der letzten Stadtverordnetenversammlung in 2018.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Carina Last
Protokollführerin
außer TOP 12 und TOP 13

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin
TOP 12 und TOP 13